

Die Überarbeitung des umstrittenen Energy Charter Treaty ist eine unlösbare Aufgabe: die EU und die Mitgliedsstaaten verschwenden ihre Zeit.

Trotz der zunehmenden Kontroverse bezüglich des Energy Charter Treaty (ECT), welchem Kritiker vorwerfen ein Haupthindernis zu sein, um die Klima- und Umweltkrise schnell und wirksam zu bekämpfen, hat sich die EU das Ziel gesetzt, dieses Abkommen zu „modernisieren“. Die sechste Verhandlungsrunde der Reform findet vom 6. bis zum 9. Juli online statt. Dieser Prozess hat jedoch bisher keine Ergebnisse erzielt und große Divergenzen zwischen den Teilnehmern konnten bisher nicht beseitigt werden. Das macht es **sehr unwahrscheinlich, dass die EU ihre Modernisierungsziele erreichen wird.**

Der Stand, der am 6. Juli vor dem EU-Ratsgebäude von Friends of the Earth Europe, Climate Action Network Europe, Rise for Climate Belgium, 11.11.11 und CNCD organisiert wird unterstreicht, dass der Vertrag ein Damoklesschwert ist, das den Klimaschutz bedroht und zeigt die begrenzte Fähigkeit der Politiker in Bezug auf die Klimapolitik.

Gleichzeitig fordern mehr als 400 weltweite unterschiedliche Organisationen der Zivilgesellschaft in einer Erklärung ein Ende des Schutzes der Ausbeutung und Nutzung fossiler Brennstoffe und fordern die ECT-Unterzeichnerstaaten auf **den Reformprozess zu beenden und den ECT bis zur COP26 (November 2021) in Glasgow zu verlassen.**

Was ist der Energy Charter Treaty?

- Der Energiecharta-Vertrag (ECT) ist ein plurilaterales Investitionsabkommen, das 2020 bereits von 53 Ländern und der EU ratifiziert ist. Er wurde in den 1990er Jahren vereinbart und schützt ausländische Investitionen im Energiesektor.
- Mittels des ECT können ausländische Investoren Staaten für fast alle Entscheidungen verklagen, die sich auf die erwarteten Gewinne des Investors auswirken - auch für den Klimaschutz.
- Diese Investor-Staat-Streitbeilegungsklagen (ISDS) werden durch private Schiedsgerichte verhandelt, die sich aus von den Parteien beauftragten Anwälten zusammensetzen, unter Umgehung der nationalen Gerichte.
- Der ECT hat bereits 135 Investor-Staat-Schiedsklagen hervorgebracht, was ihn zum bedeutendsten Investitionsschutzabkommen der Welt gemacht hat.

Warum ist das von Bedeutung?

- Die Uhr tickt beim Klimawandel, aber die ECT-Parteien, einschließlich der EU, vergeuden ihre Zeit mit **Verhandlungen zur "Modernisierung" des ECT - obwohl alles darauf hindeutet, dass die Gespräche scheitern werden und dass der Vertrag nicht, im Einklang mit dem Übergang zu einer 100% erneuerbaren Zukunft**, reformiert werden kann.
- Der ECT wurde bereits mehrfach gegen Staaten eingesetzt, die versucht haben, die Förderung oder Nutzung von fossilen Brennstoffen einzuschränken (siehe Übersicht unten). Es wird erwartet, dass in Zukunft noch weit mehr solcher Fälle auftreten werden, da die Staaten ehrgeizigere Schritte zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen unternehmen werden.
- Die durch das ECT-Regime geschützte Infrastruktur für fossile Brennstoffe hat einen geschätzten Wert von 345 Milliarden Euro.
- 46 Kohlekraftwerke sind derzeit durch das ECT geschützt.

Was wurde bereits darüber gesagt?

Französische Minister haben ihre Frustration über den mangelnden Fortschritt zum Ausdruck gebracht: In einem Brief an die Europäischen Kommission im Dezember 2020 haben sie vorausgesagt, dass die Modernisierung "wahrscheinlich auch noch nicht in mehreren Jahren abgeschlossen sein wird". Auch seien die Ziele der EU "weit davon entfernt, erreicht zu werden". Frankreich äußerte daher den Wunsch, einen "koordinierten Rückzug" aus der Energiecharta.

Barbara Pompili, Frankreichs Ministerin für den ökologischen Übergang, sagte vor der Nationalversammlung am 22. Juni 2021: Der Vertrag sei "veraltet - er schützt u.a. Investitionen in fossile Energieträger und wird daher überhaupt nicht mehr den Anforderungen an die Energie- und Klima-Herausforderungen unserer Zeit gerecht, so wie es das Pariser Abkommen fordert." Sie berichtete, dass die Reformverhandlungen "eindeutig nicht zum Ziel führen werden" und "dafür für viele Jahre keinen echten Fortschritt bringen werden".

Ein bedrohliches Fazit äußerte **auch die spanische Regierung** in einem Brief gerichtet an die europäische Exekutive. Sollte es nicht gelingen, den Energiecharta-Vertrag mit den europäischen Klimazielen in Einklang zu bringen, wäre der Austritt die "einzige effektive langfristige Lösung".

Claude Turmes, luxemburgischer Energieminister, drückte seine Enttäuschung über den schleppenden Fortschritt schon während der 4. Modernisierungsrunde aus.

Pascal Canfin, RENEW MEP und Vorsitzender des ENVI im Europäischen Parlament und Anna Cavazzini, grüne Europaabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für den Binnenmarkt im Europäischen Parlament Markt sagten: "Wir fordern die EU-Verhandlungsführer auf, verschiedene Ausstiegsszenarien aus diesem Vertrag vorzustellen. Der Modernisierungsversuch verzögert das Unvermeidliche lediglich, nämlich: dass die EU als Ganzes aussteigen muss, um mit ihren Klimazielen noch gerecht werden zu können."

Bernd Lange, S&D-Europaabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, sagte: "Es ist höchste Zeit, dass sich auch Deutschland wieder auf die Seite fortschrittlicher Länder wie Spanien oder Frankreich stellt. Diese Länder fordern eine ehrliche Bewertung der Reformmöglichkeiten und einen Rückzug, wenn eine Reform nicht möglich ist. Wir sollten mit allen Ländern, die aussteigen wollen, eine gemeinsame Vereinbarung suchen, um keine Klagen untereinander mehr zuzulassen.

Unternehmen die das ECT genutzt haben

Der ECT ist das Abkommen, das die größte Anzahl von Klagen ausländischer Investoren gegen die Unterzeichnerstaaten ausgelöst hat. Jüngste Fälle umfassen:

- **RWE v. Niederlande**

Vor zehn Jahren beschloss RWE, ein deutsches Energieunternehmen, die Klimawissenschaft ignorierend ein brandneues Kohlekraftwerk in den Niederlanden zu bauen. Letztes Jahr verabschiedete die niederländische Regierung ein Gesetz, das die Verbrennung schmutziger Kohle bis 2030 stoppen soll. Mit dem ECT fordert RWE 1,4 Milliarden Euro Schadenersatz für entgangene Gewinne.

- **Uniper v. Niederlande**

Uniper forderte 1 Mrd. Euro Entschädigung für den niederländischen Kohleausstieg bis 2030.

- **Ascent Resources v. Slowenien**

Ascent Resources fordert 120 Millionen Euro, nachdem die slowenische Regierung eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor der Genehmigung eines Gas-Fracking-Projekts verlangte.

- **Vermilion v. Frankreich**

Im Jahr 2017 drohte das kanadische Öl- und Gasunternehmen Vermilion damit, Frankreich über ein vorgeschlagenes Gesetz zu verklagen, das die Förderung fossiler Brennstoffe auf französischem Territorium, auch in Übersee, bis 2040 zu beenden möchte. Diese Drohung mit einer Klage hat möglicherweise dazu beigetragen, das Gesetz derart zu verwässern, dass es in seiner endgültigen Fassung nun erlaubt, dass Fördergenehmigungen auch noch nach dieser Frist verlängert werden können.

- **Rockhopper v. Italien:**

Seit 2017 verklagt das britische Unternehmen Rockhopper Italien wegen eines Verbots neuer Öl- und Gasförderaktivitäten in der Nähe der Küste des Landes und fordert 275 Millionen Dollar Entschädigung.

Warum ist dieser Modernisierungsprozess zum Scheitern verurteilt?

> Die Agenda für die Modernisierungsgespräche **hält nicht, was sie verspricht, nämlich den ECT klimafreundlich zu gestalten. Mehrere wichtige Themen werden gar nicht berücksichtigt.** Insbesondere wird die Reform keine Änderungen an dem umstrittenen ISDS-Mechanismus, der Sunset-Klausel (die es den Investoren erlaubt, nach dem Austritt eines Staates aus dem Vertrag noch 20 Jahre lang Schiedsklagen einzureichen) oder der Art und Weise, wie die hohen Entschädigungen berechnet werden, erzielen.

- Unter den 53 ECT-Mitgliedern sind Länder mit dramatisch unterschiedlichen Klimaambitionen, doch jede Änderung des ECT erfordert **Einstimmigkeit**. Staaten wie Japan (der Hauptbeitragszahler zum ECT) haben bereits angedeutet, dass sie keine größeren Änderungen in der ganzen Reihe von Modernisierungsfragen unterstützen.

- **Das Anspruchsniveau ist zu niedrig.** Selbst die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen würden bestehende fossile Investitionen bis weit in die 2030er Jahre schützen und für einige Gasinvestitionen sogar bis in das Jahr 2040. Das Risiko von ECT-Klagen gegen Klimaschutzmaßnahmen wäre also weiterhin hoch.

- Bisher wurden nur **wenig Fortschritte** erzielt.

Die Investitionsschutzbestimmungen des ECT wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr aktualisiert und sind nach Ansicht der Europäischen Kommission (EC) "veraltet" im Vergleich zu den neuen Standards der des reformierten Ansatzes der EU zur Investitionspolitik.

Bereits 2009 haben die Vertragsparteien des ECT vereinbart, den Vertrag zu modernisieren. Im Jahr 2018 wurde eine Liste von 25 Verhandlungsthemen verabschiedet sowie ein Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen im Dezember 2019. Die EU hat im Juli 2019 ein Verhandlungsmandat für die ECT-Reform verabschiedet.

Mit einer siebenmonatigen Verzögerung fand die erste Verhandlungsrunde schließlich im Juli 2020 statt. Drei weitere Runden sind für 2021 geplant: 6. bis 9. Juli, 28. bis 30. September und 9. bis 11. November 2021.

Europaweite Mobilisierung

- 6. Juli: Über 400 zivilgesellschaftliche Organisationen schließen sich der Bewegung an und veröffentlichen eine Erklärung, in der die Staats- und Regierungschefs der EU aufgefordert werden, bis Ende 2021 aus dem ECT auszusteigen, auf der COP26.
- Im Februar 2021 sammelt eine Online-Petition über 1 Million Unterschriften, die die EU auffordern sich aus dem ECT zurückzuziehen.

- Am 9. Dezember 2019 wurde ein Offener Brief von 278 zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften aus den Mitgliedsstaaten der Energiecharta-Konferenz unterzeichnet.
- Am 3. November 2020 forderten 260 MdEP/MP aus 20 EU-Mitgliedstaaten die EU-Länder auf, aus dem ECT auszutreten, wenn der Schutz ausländischer Investitionen in fossile Brennstoffe nicht aus dem Vertrag entfernt wird.
- Mehr als 400 führende Klimaschützer unterzeichneten einen offenen Brief, in dem sie die EU-Regierungen aufforderten aus dem ECT auszutreten.
- Auch YOUTH, der Europäische Verband für Erneuerbare Energien und Investoren haben ihre Stimme gegen den ECT erhoben.
- Im Juni 2021 sagten 71 MdEP in einem in Euractiv veröffentlichten Op-Edit "die Zeit ist abgelaufen".

Für weitere Informationen kontaktieren sie bitte:

Catherine Joppart, ECT-Kampagnenkommunikation

catherine.joppart@europeanclimate.org

0491 64 37 35

Robbie Blake, Kommunikation von Friends of the Earth Europe

robbie.blake@foeeurope.org

0491 29 00 96

Cornelia Maarfield, Projektleiterin Handel und Klima, CAN Europe

cornelia@caneurope.org

+49 170 8765 271